

Tannus-Zeitung.

Offizielles Organ der Behörden des Amtsgerichtsbezirks Königstein.

Kelkheimer- und
Hornauer Anzeiger

Nassauische Schweiz - Anzeiger für Ehlhalten,
Eppenhain, Glashütten, Ruppertshain, Schloßborn

Falkensteiner Anzeiger
Fischbacher Anzeiger

Erscheint am Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag. Bezugspreis vierteljährlich 2 Mark, monatlich 70 Pfennig. Anzeigen: Die 50 mm breite Zeitzeile 20 Pfennig für amtliche und auswärtige Anzeigen, 15 Pfennig für hiesige Anzeigen; die 85 mm breite Reklame-Zeitzeile im Textteil 50 Pfennig; tabellarischer Satz wird doppelt berechnet. Adressenachweis und Angebotgebühr 20 Pfennig. Ganze, halbe, dritte und viertel Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. Bei Wiederholungen unveränderter Anzeigen in

Mittwoch

19
Juni

kurzen Zwischenräumen entsprechender Nachsatz. Jede Nachschubbewilligung wird hinsichtlich bei gerichtlicher Beitreibung der Anzeigengebühren. — Einfache Beilagen: Tausend 6.50 Mark. Anzeigen-Aufnahme: Größere Anzeigen müssen am Tage vor, kleinere bis 1/10 Uhr vormittags an den Erscheinungstagen in der Geschäftsstelle eingetroffen sein. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmter Stelle wird tunlichst berücksichtigt, eine Gewähr hierfür aber nicht übernommen.

Nr. 94 · 1918

Verantwortliche Schriftleitung, Druck und Verlag:
Pb. Kleinböhl, Königstein im Taunus.
Postfachkonto: Frankfurt (Main) 9927.

Geschäftsstelle:

Königstein im Taunus, Hauptstraße 41.
Fernsprecher 44.

42. Jahrgang

Großes Hauptquartier, 18. Juni.

(W. B.) Amtlich.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Die feindliche Artillerie entwickelte in einzelnen Abschnitten in Flandern, beiderseits der Lys zwischen Arras und Albert rege Tätigkeit. Nach heftigem Feuerüberfall griff der Feind gegen Mitternacht südwestlich von Albert an. Er wurde abgewiesen und ließ Gefangene in unserer Hand.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Südwestlich von Rezon und südlich der Aisne lebte die Artillerietätigkeit in den Abendstunden auf. Teilvorstöße des Feindes nördlich der Aisne und nordwestlich von Chateau Thiery wurden abgewiesen.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff

Die Schlacht in Venetien.

Bisher 30 000 Gefangene.

Wien, 18. Juni. (W. B.) Amtlich wird verlautbart:

Die Schlacht in Venetien nimmt ihren Fortgang. Die Armee des Generalobersten Freiherrn v. Burm gewann an zahlreichen Stellen Raum. Ihr Südflügel erreichte in jähren Kämpfen den Kanal Foschba. Generaloberst Erzherzog Josef baute seine Erfolge im Montello-Gebiet aus. Italienische Gegenstöße scheiterten an drei Kampftagen. An drei Kampftagen wurden in diesem Gebiet 73 italienische Geschütze eingebracht, darunter zahlreiche schwere Kaliber. Beiderseits der Brenta rannte der Feind abermals vergeblich gegen unsere neuen Stellungen an. Ebenso erfolglos versuchten südlich von Asiago mehrere englische Angriffe.

Die Zahl der Gefangenen ist auf 30 000 gestiegen, jene der erbeuteten Geschütze auf 120. Die Beute an Minenwerfern und Maschinengewehren sowie sonstigen Kriegsmitteln ist noch nicht gezählt.

Der Chef des Generalstabes.

Der Zeitpunkt der österreichischen Offensive.

Wien, 18. Juni. (W. B.) Die Blätter melden: Seit Beginn der deutschen Angriffsschlacht im Westen wurde in der Öffentlichkeit sehr oft die Frage erörtert, weshalb der österreichisch-ungarische Angriff an der Südwestfront nicht gleichzeitig eingesetzt habe, um so einen schlagenden Beweis von der Einheitsfront des Vierbundes zu liefern. Angesichts der fortschreitenden Erfolge an der deutschen Westfront konnte man der sich steigenden Ungeduld stets nur entgegenhalten, daß es der Obersten Heeresleitung überlassen bleiben müßte, jenen Zeitpunkt für den Beginn auch unserer Offensive an der Südwestfront zu wählen, der ihr aufgrund einer eingehenden Erwägung der ihr bekamten Momente als hierzu geeignet erscheinen müßte. Wenngleich sich aus begreiflichen Gründen die Operationen auf dem südwestlichen Kriegsschauplatz der Erörterung derzeit entzieht, möge doch kurz auf einige Momente hingewiesen werden, deren Unkenntnis oder Außerachtlassung Fernstehende zu einer vorschwellenden und gewiß nicht zutreffenden Beurteilung der Lage verleiten konnte.

Es gibt keinen Kriegsschauplatz, der auch nur annähernd eine derartige Verschiedenheit mit Bezug auf die Gliederung und Beschaffenheit des Geländes, vor allem aber im Frühling und im Frühommer auch hinsichtlich der Gangbarkeit, des Klimas und der Witterungsverhältnisse aufweisen würde, wie die zusammenhängende Front vom Stäffer Joch bis zur Lagunenküste von Venedig. Während in der venetianischen Ebene bereits trodenes, schönes Sommerwetter den geeigneten Zeitpunkt für den Beginn größerer Aktionen als gekommen erscheinen lassen kann, stehen im Gebirge schwere Nebel und Regen und in den höheren Lagen noch harter Schneefall und selbst Schneesturm einer Offensiv-Bewegung hindernd im Wege. So wurde noch am 16. Mai an der Gebirgsfront eine starke Bewölkung und Schnee, am 17. Mai ein 50 Zm. hoher Neuschnee und Lawinengefahr gemeldet. Der Eintritt klaren, warmen Frühlingwitters, mit raschster Schneeschmelze verbunden, kann im Gebirge den Beginn des Angriffs erhoffen lassen. Aber gerade die nach abfließenden Schneewasser verwandeln die bisher fast

ausgetrockneten Lorrenten der Ebene in reichende Ströme und schaffen durch das steigende Grundwasser im Mündungsgebiete weite Sumpf- und Morastflächen und hierdurch Hindernisse, welche dem Vorrücken und vor allem dem geregelten Nachschub ernsteste Hindernisse bereiten können. Auch die Frage der für den Einmarsch bezw. die Versammlung und den Nachschub großer Truppenteile zur Verfügung stehenden Verbindungslinien und Bahnen liegt infolge der Terrainverhältnisse weitläufig schwieriger, als dies z. B. an der Flandernfront der Fall ist. Daß die glückliche Lösung dies überaus schwierigen Problems eine der bedeutendsten Aufgaben der Führung bildet, um das für den Angriff so nötige Ueberraschungsmoment nicht auszuschalten, bedarf keiner Erörterung. Bezeichneten doch die Berichterstatter und die italienischen Blätter selbst die tagsüber an und hinter der österreichisch-ungarischen Front herrschende Ruhe als unheimlich und unbegreiflich. Die vorstehenden Momente lassen erkennen, mit welchen Schwierigkeiten die beste Führung oftmals zu rechnen hat, und daß die scheinbar berechnete Ungeduld ihre Quellen aus Umständen schöpft, die in der Öffentlichkeit nicht voll erfasst werden.

Orlando an der Front.

Basel, 18. Juni. Wie die Agencia Stefani aus Rom meldet, ist Orlando gestern Abend in die Kriegszone abgereist.

Das Regierungsjubiläum des Kaisers.

München, 18. Juni. (W. B.) Anlässlich des Regierungsjubiläums des Kaisers fand zwischen König Ludwig und dem Kaiser folgender Depeschenwechsel statt:

Am heutigen Tage ist es Dir vergönnt, auf eine 30jährige Regierungstätigkeit zurückzublicken. In treuer Freundschaft nehme ich an diesem Gedentage lebhaften Anteil. Er fällt in eine harte schwere Kriegszeit. Doch angesichts der ausgezeichneten Leistungen unserer und unserer Verbündeten Truppen hoffe ich zu Gott, daß uns bald ein Frieden beschieden sein möge, der dem Deutschen Reich und seinen treuen Verbündeten eine gesicherte glückliche Zukunft verbürgt. Gottes reichster Segen begleite Dich jetzt und immerdar. Gott schütze Dich und gebe Dir noch viele Jahre einer friedlichen, gesegneten Regierung zu Deutschlands Wohl und Größe.

Der Kaiser antwortete: Dein treues freundliches Gedanke hat mich aufrichtig gefreut. Ich danke Dir herzlich für die guten Wünsche, die Du mir zu dem heutigen, für mich so ersten Tage ausgesprochen hast. Was der Allmächtige an dem deutschen Volke, namentlich in diesen letzten Zeiten, vollbracht hat, läßt uns mit Vertrauen der Zukunft entgegensehen und hoffen, daß mit Gottes Hilfe unsere Truppen dem Vaterlande den Frieden erkämpfen werden, der seine Sicherheit und die volle Entfaltung seiner reichen Kräfte gewährleistet.

Aus Anlaß seines Regierungsjubiläums hat der Kaiser dem Kronprinzen mitgeteilt, daß er ihn für die hervorragenden Leistungen im gegenwärtigen Kriege dadurch auszeichne, daß das Linienschiff „Kronprinz“ fortan „Kronprinz Wilhelm“ heißen solle.

Deutsche Geleitschiffe für holländische Schifffahrt nach Skandinavien.

Haag, 18. Juni. „Handelsblad“ meldet aus Rotterdam: Wir vernehmen aus Reedertreisen, daß die Verhandlungen zwischen der niederländischen und der deutschen Regierung über die Garantie für die freie niederländische Schifffahrt nach Skandinavien und über die hierzu nötigen Geleitschiffe zu einem guten Resultat geführt haben. Die Reeder der niederländischen Schiffe verpflichteten sich, eine beeidigte schriftliche Erklärung abzugeben, worauf sie den Geleitschein erhalten können. Außerdem muß der Empfänger der Fracht eine Verpflichtungserklärung unterzeichnen, die von der Handelskammer beglaubigt sein muß. Obgleich die deutschen Behörden jetzt bereit sind, unter den angeführten Bestimmungen Geleitschiffe für die Schiffe zu geben, erhielt das Amt für die Ausfahrt der Schiffe im niederländischen Ministerium des Meeres noch keine Anweisung, wonach Ausfahrtslaubnisse zugestanden werden können. Man darf jedoch erwarten, daß diese Ermächtigung demnächst gegeben werden wird. (Hf. 3tg.)

Der neue Kommandant der Salonik-Armee.

Basel, 18. Juni. Nach einer Meldung der Agencia d'Athènes ist General Guillaumat, der an die Westfront zurückgerufen wurde, durch General Franchet d'Esperey ersetzt worden.

Frankreich.

Der Kammerauschuss und Clemenceau.

Bern, 18. Juni. (W. B.) Laut „Progrès de Lyon“ hat der Kammerauschuss für auswärtige Angelegenheiten einstimmig die Notwendigkeit erkannt, daß die Regierung in kürzester Frist vor der Kammer die allgemeinen politischen Richtlinien, die sie zu befolgen gedenkt, darlege. Franklin Bouillon wurde beauftragt, sich darüber mit Pichon ins Benehmen zu setzen. „Humanité“ erwartet eine eingehende Kammerdebatte.

Eine Sozialisten-Besprechung im Haag.

Haag, 18. Juni. „Nieuwe Courant“ berichtet: Troelstra hatte gestern im Haag eine Unterredung mit Scheidemann im Namen der deutschen sozialdemokratischen Partei. Troelstra erklärte, daß sein Anlaß bestehe, Mitteilungen über diese Unterredung zu machen. Ein Bericht über die Unterredung wurde aufgesetzt. Dieser Bericht wird von Troelstra nach London mitgenommen werden, während Scheidemann eine Abschrift mit nach Berlin nimmt, um darüber mit seinen Parteifreunden zu beraten. Scheidemann wird heute Abend nach Berlin zurückkehren. (Hf. 3tg.)

Die russischen Schiffe in Amerika und England beschlagnahmt.

Helsingfors, 15. Juni. (W. B.) „Hufvudstadsbladet“ meldet: Moskauer Nachrichten zufolge sind alle in amerikanischen und englischen Häfen liegenden russischen Fahrzeuge beschlagnahmt worden. „Novaja Sibir“ berichtet, daß acht der größten und besten Dampfer der russischen Freiwilligenflotte in den ostasiatischen Gewässern genommen wurden und die übrigen den Befehl erhielten, nicht in See zu gehen. Der Kommissar für auswärtige Angelegenheiten hat hiergegen Protest eingelegt.

Ein ukrainischer Nahrungsmittelrat.

Kiew, 17. Juni. (W. B.) Der deutsche und der österreichisch-ungarische Botschafter unterzeichneten heute gemeinschaftlich mit dem ukrainischen Ministerpräsidenten das Abkommen über die Einrichtung eines ukrainischen Nahrungsmittelrats, der für das ganze Gebiet der Ukraine einheitlich die Ausbringung der Nahrungs- und Futtermittel zu regeln und die Versorgung der in der Ukraine stehenden Truppen, der Städte und der Industriezentren der Ukraine sowie die Ausfuhr nach den Mittelmächten zu übernehmen hat.

Die Leistungen der deutschen Eisenbahntuppen

Berlin, 18. Juni. Unsere großen Erfolge in der Ukraine sind nicht zum mindesten den gewaltigen Leistungen unserer Eisenbahntuppen zu verdanken, die es ermöglichten, eine Strecke von unserer ersten Stellung bis nach Koftow am Don (1200 Kilometer) in 79 Tagen zurückzulegen. Die Bahntuppen haben bereits 82 Brücken wiederhergestellt. Der Bau weiterer 40 Brücken bis zum Ende dieses Monats ist zu erwarten.

Antibolschewistische Bewegung in Sibirien.

Das Vordringen der Tscheden. — Mobilisation in Großrußland.

Berlin, 18. Juni. Das Bild der Ereignisse in Sibirien stellt sich nach der Petersburger Presse folgendermaßen dar: In Westsibirien sind die Bolschewiki anscheinend durch die Gegenrevolutionäre und die Tscheden gestürzt worden. Die telegraphische Verbindung mit Sibirien ist unterbrochen. An vielen Stellen sind die Telegraphenlinien in den Händen der Tscheden. Omsk ist durch die Tscheden genommen worden. Bei Tomsk, Jekaterinburg und Ufa finden schwere Kämpfe statt. Ein Oberst Jwanow und ein Mann namens Nachowitsch richteten ein Telegramm an den Rat der Volkskommissare nach Moskau, in dem es heißt:

„Die Bolschewiki sind in Sibirien gestürzt worden. Die interimistische sibirische Regierung, die von der sibirischen

Duma gewählt wurde, hat die sibirische Regierung ange-
treten. Ihre erste Aufgabe ist die Einberufung der Kon-
stituante, Beschlußfassung über die politische Gestaltung
Sibiriens und Klarlegung des Verhältnisses zu Rußland.
Die sibirische Regierung ist bereit, Rußland mit Brot zu
versorgen, aber nur unter der Bedingung, daß der Rat der
Volkskommissare keine militärischen Maßnahmen gegen sie
trifft.

Gegen diese Vorgänge wendet sich Lenin in einem Auf-
ruf an alle Arbeitenden. Er teilt mit, daß der Rat der
Volkskommissare sich in keine Verhandlungen mit diesen
Gegenrevolutionären einläßt und Truppen gegen sie bereits
in Marsch bringt. Lenin greift die Franzosen sehr heftig
an. Den russischen, französischen und tschechischen Imperia-
listen werde es nicht gelingen, die russische Revolution durch
Hunger zu besiegen. Die Besetzung von Samara und
Omsk gibt Lenin zu. Die Tscheken würden durch englische
und französische Börsenleute unterstützt. In den angrenzen-
den Wolga-, Ural- und sibirischen Bezirken befiehlt Lenin
die Mobilisation der fünf letzten Jahrgänge und in Mos-
kau die Mobilisation der Ingenieure der gleichen Jahr-
gänge. Überall ist die schärfste Bewachung der Bürger-
lichen und strengste Bestrafung angedroht.

Verstärkter Kriegszustand in Irland.

Berlin, 18. Juni. Die „B. Z. am Mittag“ meldet aus
Genf. Eine Londoner Havasnachricht besagt, daß in vier-
zehn irischen Grafschaften der verstärkte Kriegszustand auf-
gehoben worden ist. Die ordentlichen Gerichte werden auf-
gehoben und an ihrer Stelle Kriegsgerichte eingesetzt.

Der Kriegszustand in Moskau.

Basel, 19. Juni. (Priv.-Tel. d. Frkf. Ztg.) Wie Havas
aus Moskau meldet, wurden infolge der Erklärung des
Kriegszustandes in Moskau durch eine Verfügung des
Volkskommissars für den Krieg sämtliche bürgerlichen Zei-
tungen verboten.

Preußisches Abgeordnetenhause.

Der Gesetzentwurf betreffend die Erweiterung des
Stadtkreises Dortmund wird in zweiter und dritter Lesung
ohne Erörterung angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die
Erhöhung der Eisenbahnfahrtkosten bei Dienstreisen der
Staatsbeamten.

Die Staatshaushaltskommission beantragt, die Tago-
gelde der Staatsbeamten bei Dienstreisen für die Dauer
der Gewährung von Kriegsteuerzulagen an die Beamten
angemessen und gestaffelt nach den Rangklassen bis zu
75 pCt. zu erhöhen.

Der Antrag wird angenommen. Damit ist der Antrag
der Kommission erledigt. Der Gesetzentwurf wird in zwei-
ter und dritter Beratung angenommen.

Es folgt die Beratung des Antrages der Staatshaushalts-
kommission auf Annahme des Entwurfes eines Ab-
änderungsgesetzes zu dem Gesetz betreffend die

**Errichtung einer Zentralanstalt zur Förderung des
genossenschaftlichen Personalredits**
vom 31. Juli 1895. Nach dem Entwurf soll das Grund-
kapital der Zentralgenossenschaftskasse um 75 Millionen auf
125 Millionen erhöht werden.

Angenommen wird ein Antrag Lüdicke (Freikons.), wo-
nach das Grundkapital um 50 Millionen erhöht wird. Mit
dieser Änderung wird der Gesetzentwurf angenommen.

Hierauf wird die Beratung des

Haushalts des Ministeriums des Innern
fortgesetzt in Verbindung mit der Beratung des Antrags
Fuhrmann und Gen. auf Sicherstellung des Rechts der
Staatsbeamten zur politischen Betätigung. Die Kommission

beantragt, den Antrag Fuhrmann in folgender Form anzu-
nehmen: Die Staatsregierung zu ersuchen, eine Verfügung
zu erlassen, durch die das den Staatsbeamten zustehende
Recht der politischen Betätigung sichergestellt, ihnen jedoch
unterlagert wird, innerhalb der Dienststräume oder auf dienst-
lichem Wege oder sonst durch Ausnützung der Dienstgewalt
zur Betätigung für politische Vereinigungen oder Parteien
aufzufordern.

Nach zehnstündiger Sitzung wird die Weiterberatung
auf Mittwoch vertagt.

Die Beisehung der Landgräfin von Hessen.

Fulda, 18. Juni. (W. B.) Die Beisehung der Land-
gräfin Anna von Hessen nahm heute nachmittag den pro-
grammatischen Verlauf. Nachdem die Leiche am Bahnhof
eingesegnet worden war, erfolgte ihre Ueberführung unter
dem Geläute sämtlicher Turmglocken durch die mit Trauer-
krohn geschmückten Straßen der Stadt nach dem Dom, wo
Professor Dr. Leimbach eine eindrucksvolle Trauerrede hielt.
Dem Leichenzuge folgten Prinz Friedrich Karl, Prinzessin
Friedrich Karl, Prinz Wolfgang und Prinz Richard von
Hessen, Erbprinzessin von Anhalt, Prinzessin Schaumburg,
Freifrau v. Binde, Kammerherr v. Bothmer.

Lokalnachrichten.

Königslein, 19. Juni. Der gefristige Bunte Abend Main-
zer Bühnenkünstler fand bei vollbesetztem Hause gute Auf-
nahme. Ein reichhaltiges Programm, durch mehrere Ein-
lagen noch vermehrt, sorgte für rege Unterhaltung des Publi-
kums und trug jedem Geschmacksrechnung. Von Schuberts
schwierigem „Wanderer“, der besonders gute Aufnahme
fand, bis zu der Koffertheater des „Schwarzwaldbädel“ waren
Vortragsstücke aller Gattung vertreten, worunter selbst die
ausgezeichneten Tänze einer jungen Solotänzerin nicht fehl-
ten. — An dem guten Gelingen des Abends haben be-
sonderen Anteil Fräulein Renne Schroetter, deren reinen

Mezzosopran selbst eine kleine Erkältung keinen Abbruch zu
sein vermochte, und Herr Carl August Neumann, welcher
eine prachtvolle Baritonstimme sein eigen nennt. Fräulein
Gottschalk und Herr Hans Heinz Graf fanden mit ihren
Vorträgen ebenfalls guten Anklang, wenn auch der Tenor
des Herrn Graf etwas zu sehr „Schule“ vertiet. — Alles
in allem ein wohlgelungener Abend, welchen vielleicht nur
das augenscheinlich flüchtig improvisierte Quartett „Am
Brunnen vor dem Tore“ zu stören vermochte. kl.

* In der am Montag in Homburg stattgefundenen Sit-
zung des Kreisrates wurde anstelle des verstorbenen Gast-
wirts Herrn Lorenz Marnet der Gastwirt Herr Jakob
Weser als Mitglied der Gewerbe- und Betriebssteuer-Veran-
lagungskommission für die Jahre 1919—1924 gewählt.

* **Das Gold dem Vaterlande.** Während der Juwelen-
und Goldankaufswocche (16.—23. Juni 1918) erklärt sich der
Rhein-Mainische Verband für Volksbildung bereit, allen
Persönlichkeiten, welche Goldstücke abliefern, folgende Ver-
günstigung zu gewähren. Für jedes Goldstück, das gegen
Banknoten eingetauscht wird, sendet der Verband kostenlos
ein Paket guter Bücher an einen von dem Ablieferer bezeich-
neten im Felde stehenden Heeresangehörigen. Besondere
Wünsche betreffend den Inhalt der Bücher werden berücksich-
tigt. Den Ablieferern wird zur Kennzeichnung ihrer beson-
deren Wünsche ein dafür hergestellter Vordruck kostenlos zur
Verfügung gestellt. Der Austausch von Gold gegen Scheine
wird auf der Geschäftsstelle des Verbandes, Frankfurt a. M.,
Paulsplatz 10, rechter Eingang, vorgenommen. Für nicht
in Frankfurt ansässige Ablieferer genügt die Einsendung
einer amtlichen Bestätigung über die Ablieferung eines Gold-
stückes während der Zeit vom 16.—23. Juni 1918.

* Zur Angüßelung versendet die Bekleidungs-
stelle eine neue Veröffentlichung, worin es heißt, es ist
selbstverständlich, daß die Arbeiter die jetzt gesammelte Klei-
dung nach ihrem vollen Wert bezahlen müssen.

* Billige Weinflaschen aus Papier kommen jetzt in
den Handel. Sie sind feinhart.

* Die Sonnwendfeier auf dem Feldberg findet in
der Nacht vom 22. Juni statt.

Von nah und fern.

Frankfurt, 18. Juni. Der auf Veranlassung der Eisen-
bahndirektion wegen Veranbarung eines Koffers im Zuge
Frankfurt—Limburg festgenommene Padmeister Eckardt ist
wieder aus der Haft entlassen, da die bei ihm gefundenen
Sachen seinem Bruder gehören. Eckardt will den Koffer in
Limburg geöffnet vorgefunden haben.

Wo Wiesbaden, 18. Juni. Die Frage, ob die Erwerber
von Waren, welche von Schleichhändlern in den Handel ge-
bracht werden, als Hehler belangbar seien, wurde dieser
Tage in einem Strafverfahren gegen eine Dame aus Biebrich
aufgeworfen und von der Wiesbadener Strafkammer
verneint. Der Betrugs-Paragraf des Strafgesetzbuches
(259) bestimmt, daß, wer seines Vorteils wegen Sachen,
von denen er weiß, oder den Umständen nach annehmen
muß, daß sie mittelst einer strafbaren Handlung erlangt sind,
verheimlicht, oder zu deren Absatz bei Andern mit-
wirkt als Hehler mit Gefängnis bestraft wird. Nach seinem
Wortlaut ist demgemäß diese Bestimmung auch auf den
Schleichhandel anwendbar, nach der Ansicht des Gerichts-
hofes nicht aber seinem Sinn nach, denn immerhin sei die im
Schleichhandel erworbene Ware rechtlich erworben auch im
Sinne des Gesetzes, von einer Hehlererei des Käufers solcher
Ware könne demgemäß die Rede nicht sein. Es ist das ein
Standpunkt, dem man nur voll zustimmen kann.

Kleine Rundschau.

— Die Kaiserin traf am Dienstag zu ihrem gewohnten
Sommeraufenthalt im Schloß Wilhelmshöhe bei Kassel ein.
Die Kinder des Kronprinzen bleiben während des Sommers
in Bad Soden an der Werra.

Gegen die Besteuerung der alkoholfreien Getränke.

Frankfurt a. M., 18. Juni. (W. B.) Gegen die Be-
steuerung der alkoholfreien Getränke wendet sich eine Ein-
gabe, die vom Armenamt, Jugendamt und Wohnungsamt
sowie von 40 sozialen Vereinen, Gewerkschaftsverbänden
und von etwa 40 Einzelpersonen an den Reichstag gerichtet
worden ist. Die Petition führt aus, daß die geplante Be-
steuerung von Limonaden und Mineralwässern die Be-
kämpfung der Trunksucht gefährde, und fordert aus sozialen,
ethischen und gesundheitlichen Gründen: 1) steuerliche Frei-
stellung der alkoholfreien Getränke, soweit diese nicht als
Luxusgetränk anzusehen sind, zum mindesten Steuerbefreiung
für die in gemeinnützigen Trinkhallen, im Straßenver-
kauf und in Fabrik- und Militärkantinen verschänkten
Mineralwässer und Limonaden; 2) Abzweigung eines an-
steigenden Verhältnissanteils an den Erträgen der Alko-
holsteuer zu Zwecken der Bekämpfung des Alkoholmü-
brauchs, zur Heilung seiner Opfer und zur Behebung seiner
Folgen. Die Unterzeichner der Eingabe erwarten vom
Reichstag, daß seine Abgeordneten als Vertreter des gesam-
ten Volkes den Ruhen der Allgemeinheit über das Interesse
der Alkoholverzeuger und Verarbeiter stellen werden und die
geplanten Getränkesteuern in der vorge schlagenen Weise ab-
ändern zur Förderung des Wiederaufbaues unserer Volks-
kraft, zur Hebung der Volkssitte und schließlich auch zum
Nutzen der Reichs-, Staats- und Gemeindefinanzen.

Große Schafbeschlagnahmung.

Die Gendarmerie von Bischofsheim beschlagnahmte, wie
dem „Verl. Lokalanzeiger“ aus Würzburg gemeldet wird,
über 300 Stück Schafe im Werte von 60 000 M., die über
die Landesgrenze geschmuggelt werden sollten. Die Tiere
sind der Heeresverwaltung in Würzburg abgeliefert worden.

Großes Hauptquartier, 19. Juni.

(W. B.) Amtlich.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht
Kege Erkundungstätigkeit der Infanterie. Teilangriffe
des Feindes im Nieppe-Wald und nordöstlich von
Bethune wurden abgewiesen. Der Artilleriekampf lebte
nur in wenigen Abschnitten auf.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz
Südwestlich von Domniers scheiterte am frühen
Morgen der Angriff französischer Regimenter im Nordostteil
des Waldes von Billers Cotterets. Am Tag mehr-
fach wiederholter Ansturm drückte unsere östlich von
Montgoleux vorspringenden Linien etwas in das
Innere des Waldes zurück.

Im Eignon-Abschnitt, nordwestlich von Chateau
Thierry stießen mehrere englische Kompanien zum An-
griff vor. Sie wurden von unseren Vorposten abgewiesen.

Artillerie und Minenwerfer besetzten mit starken Feuer-
überfällen die feindlichen Anlagen bei Reims. Nach-
stößende Infanterieabteilungen brachten etwa 50 Ge-
fangene ein.

Gestern wurden 23 feindliche Flugzeuge und
3 Fesselballone abgeschossen.

Hauptmann Berthold errang seinen 35., Leutnant
Veltjens seinen 22. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die Tauchbootmeldung.

Berlin, 18. Juni. (W. B. Amtlich.) Im Sperrgebiet
des Mittelmeeres versenkten unsere U-Boote sechs Dampfer
und vier Segler von zusammen

24 500 Bruttoregistertonnen.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Letzte Nachrichten.

Graf Burian und der Friede.

Wie aus dem nachstehenden Telegramm hervorgeht, hat
der österreichisch-ungarische Minister des Aeußern im Wiener
„Fremdenblatt“ eine Aeußerung zur Friedensfrage gemacht.
Der Wortlaut liegt den deutschen Blättern nicht vor. Merk-
würdigerweise hat das amtliche Telegraphenbureau die ge-
wissermaßen interessierenden Bemerkungen des Grafen Burian nicht
übermittelt.

Wien, 19. Juni. Zur Bemerkung des Grafen Burian
daß Lord Milner doch nur den Versuch machen möge, sich
nach den Kriegszielen der Mittelmächte aufrichtig zu erkun-
digen, und daß er dann staunen werde, wie himmelweit diese
Ziele entfernt seien von jenen, die unsere Gegner der Welt
vortauschen versuchen, erfährt man noch, daß die Mittel-
mächte sich allerdings weigern, sich zu einem jener mit Hohn
zurückgewiesenen Friedensangebote verleiten zu lassen, daß
aber tatsächlich die Friedenshand ausgestreckt bleibt und daß
es Sache der Entente ist, in sie einzuschlagen. Wenn Frank-
reich auf seine Eroberungsziele verzichte, könne in einer
Stunde der Friede mit ihm geschlossen sein. Ein Friede, bei
dem Frankreich in voller Ruhe in die Zukunft blicken könne.
Der Glaube an die Erreichung in Frankreich ist allerdings
noch schwach, trotzdem Meldungen genug über einen begin-
nenden Stimmungsumschwung vorliegen. Es werden also
noch weitere Opfer nötig sein, bevor Frankreich für einen
Verständigungsfrieden reif ist.

Die elsaß-lothringische Frage in der württembergischen Abgeordnetenkammer

Stuttgart, 18. Juni. (W. B.) In der Abgeordneten-
kammer brachte heute der nationalliberale Abgeordnete Dr.
v. Hieber als Berichterstatter folgendes vor: Ueber die so-
genannte elsaß-lothringische Frage, d. h. die künftige staats-
rechtliche Gestaltung der Reichslande, hat eine eingehende
Aussprache zwischen dem Ministerpräsidenten und dem
Finanzausschuß stattgefunden. Wir wären in eine Er-
örterung hierüber heuer wie in den letzten beiden Jahren
nicht eingetreten, wenn anderwärts diese Frage zum Gegen-
stand von Erörterungen in Parlament und Presse gemacht
worden wäre. Wir waren jedoch darin einig, daß eine
öffentliche parlamentarische Erörterung der verschiedenen in
Betracht kommenden Möglichkeiten zurzeit nicht nützlich oder
angezeigt sei. Wie im Vorjahr, war der Finanzausschuß
darin einig, daß eine Aufteilung der Reichslande unter den
beiden größten deutschen Bundesstaaten den höheren In-
teressen des Deutschen Reiches widerspräche und weder den
Interessen der Reichslande noch denjenigen der Bundesstaaten
entsprechen würde. Der Ministerpräsident hatte mitge-
teilt, daß ein bestimmter Plan noch nicht vorliege, und daß
die württembergische Regierung, wenn einmal ein solcher
vorliege, im Bundesrat ihre Stellung dazu nicht einnehmen
werde, ohne vorher Fühlung mit den Landständen zu neh-
men. Dabei hatte der Ministerpräsident gleichfalls gegen
die eben erwähnte Art der Lösung ernsthafte Bedenken gel-
tend gemacht.

Bevorstehende Räumung von Paris.

Berlin, 18. Juni. Die „B. Z. am Mittag“ meldet aus
Genf: Der Verteidigungsausschuß von Paris beschloß, die
Bevölkerung der Vorstädte von Paris fortzuschaffen und sie
nach dem mittleren und südlichen Frankreich abzuschicken,
wo ihre Wohnstätten zur Verfügung gestellt werden. Auch
sei beabsichtigt, die hauptstädtische Bevölkerung im Laufe des
Monats Juli allmählich zu evakuieren.